



Mittelbadener Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.65 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 59 bei der Oberamtspostkasse Remmberg-Kreisstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Gabel & Co., Wildbad; Borsheimer Generalbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 21174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil bis einseitige 45 mm breite Zeilen 3 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 2 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Zeilen 15 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenen Tarifen. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktstellen oder wenn gerichtlich: Verzögerung anrechnung wird, falls jede Nachlieferung weg. Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 23 Fernruf 479 Montag den 29. Januar 1934. Fernruf 479 69. Jahrgang.

Das Jahr des Sieges!

Zwölf Monate nationalsozialistischer Regierungsarbeit
Von Bernhard Wenzel

Als am 28. Januar 1933 bekannt wurde, daß General von Schleicher den Gesamttritt der Reichsregierung erklärt hatte, da ging ein neues, freudiges Hoffen durch das deutsche Volk. War nunmehr die Zeit gekommen, in der ein neues Blatt der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen wurde? Ob man noch weiter zögern würde, Adolf Hitler vertrauensvoll die Führung des Deutschen Reiches zu übertragen, oder sollte man wiederum versuchen, den Führer durch Versprechungen zu bewegen, sich an der Bildung eines der üblichen Kabinetts, an denen die verflochtenen Jahre zu reich gewesen waren, zu beteiligen, um nach den parlamentarischen Regeln über eine zahlenmäßige Mehrheit im Reichstag zu verfügen?

Das Jahr 1932 hatte für die Nationalsozialisten schwere Kämpfe gebracht, durch Intrige verlor man, die Bewegung zu spalten, sie durch Verbot der SA. und SS. lahm zu legen, den Führer wollte man mit dem Posten des Reichskanzlers födern. Adolf Hitler aber wußte, daß er seine weitsehenden Pläne nur durchführen konnte, wenn man ihm die volle Verantwortung für die Arbeit der Reichsregierung übertrug, und daß nur so eine Rettung Deutschlands aus dem Sumpf der vergangenen 14 Jahre möglich war.

Eine Tat und ein geschichtliches Verdienst des greisen Reichspräsidenten war es, als er alle Vorurteile und Hemmnisse zurückstellte und den Führer der nationalsozialistischen Bewegung zum Reichskanzler ernannte und ihn mit der Bildung der Reichsregierung betraute. Ein Jubel ohne Gleichen ging durch das erwachende Volk! Eine Wende in der deutschen Geschichte war eingetreten, als in der historischen Nacht vom 30. Januar die braunen Kolonnen im Schein der Fackeln durch das Brandenburger Tor zogen!

Die neugebildete Regierung ging sofort mit aller Kraft an die Lösung der ihr gestellten Aufgaben. „Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entziffen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein!“ So hieß es in dem Aufruf der Regierung, als das deutsche Volk durch die Wahl eines neuen Reichstages erklären sollte, ob es der Führung ihr Vertrauen entgegenbringt. — Als am 27. Februar das Reichstagsgebäude durch kommunistische Brandstiftung in Flammen aufging, da wurde deutlich offenbar, in welcher Gefahr unser Land geschwebt hatte, dem bolschewistischen Chaos ausgeliefert zu sein. Dem energischen Durchgreifen der Regierung gelang es, einen geplanten kommunistischen Aufstand im Keime zu ersticken und den Marxismus zu Boden zu drücken.

Mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen bekannten sich am 5. März, dem Tag der Reichstagswahl, zu der neu ernannten Reichsregierung. Eine Woche nach der Reichstagswahl, als zu Ehren unserer Gefallenen die alten ruhmreichen schwarz-weiß-roten Fahnen auf Halbmaß wehten, erließ der Reichspräsident eine Verordnung, nach der fortan als Symbole des erwachten Deutschlands die schwarz-weiß-rote Flagge und das Halbkreuzbanner gemeinsam zu hissen sind. Ruhmreiche Vergangenheit und kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation verkörpern vereint die Macht des Staates und die innere Verbundenheit des deutschen Volkes! — Auf traditionsreichem Boden, am Sarge Friedrichs des Großen, wurde mit dem Staatsakt der neue Reichstag feierlich eröffnet. Der Geist von Potsdam triumphierte über das vergangene Weimarer System! Das alte und das neue Deutschland, der Generalfeldmarschall und der unbekante Gefreite des Weltkrieges besiegelten an dieser geweihten Stätte ihr Bündnis zur Wiederaufrichtung Deutschlands.

Im April wurde das Reichsstatthaltergesetz verkündet und damit die politische Einheit zwischen Reich und Länder hergestellt. Eine Tat, die man als epochenmachendes Ereignis betrachten muß, und die erst dann ihre volle Würdigung finden kann, wenn man bedenkt, wie jahrhundertlang der Partikularismus Stärke und Einheit des Deutschen Reiches untergraben hatte. Das gleichzeitig erlassene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums reinigte die Verwaltung von unfauberen, durch das vergangene System in die Verwaltung gesetzten Elementen.

Der Tag der Deutschen Arbeit brachte die Eingliederung des Arbeiters in die Nation. Auf dem Tempelhofer Feld in Berlin verkündete der Führer das umfassende Aufbauprogramm der Regierung. Nicht der Predigt des Klassenkampfes war der 1. Mai gewidmet, die gewaltigste Kundgebung, die die Welt je gesehen hatte, stand unter dem Gesichtspunkt der Ehre und Achtung vor Arbeit und Arbeiter! Geschaffen wurde die Organisation der Deutschen Arbeitsfront, die freien Gewerkschaften wurden in den Staat eingebaut und später das Arbeitsbeschaffungsgesetz erlassen. In den Monaten Juni und Juli erfolgte die Eingliederung des Stahlhelms in die NSDAP. als SA-Reserve 1, die bürgerlichen Parteien lösten sich auf. — Das

Tagespiegel.

Nach dem Rücktritt des französischen Justizministers ist am Samstag mittag das ganze Kabinett zurückgetreten. Der Staatspräsident hat den Rücktritt genehmigt, Chautemps aber die Neubildung abgelehnt.

Am Freitag ist zwischen Deutschland und Polen ein zehnjähriger Verständigungspakt abgeschlossen worden.

Bei der Eröffnung der „Grünen Woche“ am Samstag hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Darre, eine große Rede.

Durch eine Verordnung der Obersten SA-Führung wird der bisherige Kernschutzhelm völlig mit der SA. verschmolzen.

General a. D. von Horn ist als Führer des Kniffhäuserbundes zurückgetreten, zu seinem Nachfolger wurde Oberst a. D. Reinhard gewählt.

für das Volkwohl und zur die Erhaltung eines gesunden Volkes außerordentlich wichtige Gesetz zur Verkündung der Frankfurter Achse kam zur Veröffentlichung. Unterzeichnet wurde das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl.

Mitte August konnte der erste umfassende Sieg gegen die Arbeitslosigkeit gemeldet werden: Ostpreußen frei von Arbeitslosen! Einige Zeit später waren 2 1/2 Millionen Erwerbslose wieder in den Arbeitsprozess zurückgeführt.

Beim Reichsparteitag in Nürnberg fand die geschichtliche Sendung der NSDAP einen überwältigenden Ausdruck. Auch in den letzten Zweifeln wurde es offensichtlich: Hinter der Fahne der Opposition von einst marschiert jetzt die deutsche Nation! — Mitte September eröffnete der Führer mit einem Aufruf das Winterhilfswerk, dem das deutsche Volk mit einer bisher nicht gekannten Opferfreudigkeit folgte. Hier zeigte sich das wahre Gesicht des Nationalsozialismus, hier bewies sich, daß wirkliche Volksgemeinschaft kein leerer Begriff ist. — Eine wichtige kulturelle Tat bedeutete die Verkündung des Reichskulturkammergesetzes und ebenso das später veröffentlichte Schriftleitergesetz.

Mit dem Bau der Reichsautostrafen nahm die Reichsregierung einen weitsehenden Plan in Angriff, der ein gewaltiger Schlag gegen die schwerste Not, gegen den Fluch der Arbeitslosigkeit sein wird. Dem Verkehr werden neue Schlagadern errichtet, die dem deutschen Kraftfahrwesen eine gebührende und notwendige Beachtung schenken und deren wirtschaftliche Bedeutung erst in späteren Jahren richtig erkannt werden wird.

Der 1. Oktober brachte mit dem Tag des deutschen Bauern ein einmütiges Bekenntnis zu dem Blutquell des deutschen Volkes. „Wir wissen, daß der Ruin des deutschen Bauern das Ende des deutschen Volkes sein wird“, so führte der Führer am Abend des Erntedankfestes auf dem Bieleberg aus. — Durch das Reichserbhofgesetz wird nach alter deutscher Erbfolge der Bauernhof vor Zerstückelung im Erbgange geschützt, vor Ueberforderung bewahrt und als Erbe der Familie in dem Besitz freier Bauern verbleiben.

Am 14. Oktober erklärte Deutschland seinen Austritt aus dem Völkerbund, die Volksbefragung und die Reichstagswahl bewiesen der Welt, daß die Friedensliebe und Ehrhaftigkeit der Regierung die gleichen des ganzen deutschen Volkes sind. 95 v. H. aller Deutschen stellten sich geschloffen hinter die Außenpolitik der Regierung und fast ebensoviel — 39 600 000 — wählten den ersten deutschen Reichstag ohne Parteien! Zehn Jahre nach dem blutigen 9. November 1923 bekannte sich ein einmütiges deutsches Volk rückhaltlos zur mannhaften Politik des Führers! — Das überwältigende Bekenntnis der deutschen Nation zur nationalsozialistischen Weltanschauung fand seinen Ausdruck in dem Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat.

Mitte Dezember erfolgte der Aufbau des Rechtsstandes, und Maßnahmen für eine Hochschulreform wurden erlassen. Zur Gesundung und zur Neubildung der sozialen Moral wird sich das kürzlich erlassene Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit auswirken.

Mit Freude und hoffnungsvollem Stolz können wir auf das Jahr des Sieges zurückblicken. Zukunftstroch wollen wir das Jahr des Aufbaues beginnen!

Der zehnjährige Verständigungspakt mit Polen

Amliche Erklärung
Berlin, 27. Jan. Wie durch amtliche Meldung vom 15. November vorigen Jahres in Berlin und Warschau bekannt ge-

den wurde, ist damals bei einer Aussprache zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem polnischen Gesandten in Berlin die übereinstimmende Absicht der Reichsregierung und der polnischen Regierung festgestellt worden, die ihre beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und ferner zur Festigung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten. Im Anschluß daran haben Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung stattgefunden, mit dem Ziele, im Sinne des Ergebnisses jener Aussprache eine bindende schriftliche Vereinbarung über die künftige Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen zu treffen. Diese Verhandlungen sind nunmehr zum Abschluß gelangt.

Der Vertrag

Der Reichsminister des Auswärtigen und der polnische Gesandte haben Freitag vormittag im Auswärtigen Amt eine Erklärung unterzeichnet, die folgenden Wortlaut hat:

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundzüge für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Vult von Paris vom 27. August 1919 enthaltenen Grundzüge zu stützen und wollen, inwieweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundzüge genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jeweiligen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheit eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Vereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung noch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls die einschlägigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundzüge geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden auf einem gerechten und willigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Ueberzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines anhaltenden und friedlichen Zusammenlebens führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht. Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von zehn Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederseit mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Abschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934.
Für die deutsche Regierung: Freiherr von Neurath.
Für die polnische Regierung: Joseph Lipski.

Berliner Stimmen

Berlin, 27. Jan. Das Verständigungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Polen wird von der gesamten Berliner Morgenpresse mit Freude und Genugtuung begrüßt.

Der „Völkische Beobachter“ weist darauf hin, daß der Pakt mit Polen die Politik des Friedens und der offenen Aussprache fortsetzt, die der Führer als sein außenpolitisches Programm vor dem deutschen Volk und der Welt gekennzeichnet hat. Das nationalsozialistische Deutschland hat sich mit einem klaren Entschluß aus dieser vergifteten Atmosphäre der internationalen Diplomatie gelöst und es ist eine mutige Tat, daß ebenso die polnische Regierung sich über alle Quertreibereien hinwegsetzte, um in direkter, persönlicher Aussprache den Weg der Annäherung zu

finden, der in Wien immer wieder von interessierten Kräften verstoßen wurde. Die neue europäische Politik hat mit diesem Tag den ersten großen Erfolg errungen.

Der deutsch-polnische Pakt bestätigt die Auffassung, schreibt der „Polenpost“, daß zwischen zwei Völkern, die eine starke nationale, von Parteiklängen unabhängige Regierung besitzen, eine Verständigung am leichtesten möglich ist. Die Welt wird nun anerkennen müssen, wie ernst der Friedenswille Deutschlands und seines Führers ist.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterstreicht besonders, daß bei dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens nicht jene allgemeine pazifistische Ideologie Pate gestanden hat, die den Pariser Pakt vielfach zum Gespött werden ließ und nicht die Vorstellung internationaler Verbrüderung, die im Völkerbund ab und an geführt worden ist, sondern das gerade Gegenteil: der Wunsch zweier Nationen, die vielen brennenden Fragen, die sie trennen, ohne Einmischung dritter Interessenten einer Lösung entgegenzuführen. Der Wille zur direkten Verständigung ist der Kern dieses Abkommens und darin unterscheidet es sich gerade grundtätig von Kellogg-Pakt.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt u. a.: War der Völkerbund Austritt Deutschlands der entschlossene Schlußschritt unter die ausweglose, sich in ewigem Hader aufzehrende, zu wirtlichen Friedensstaten unfähige Politik, so beweist das nationalsozialistische Deutschland mit diesem Abkommen, daß es allen Widerständen zum Trotz wirklicher, großer epochemachender Friedensstaten fähig ist.

Wenn gewisse Auslandskreise bisher behaupteten, so sagt die „Berliner Börsenzeitung“, die Betonung der deutschen Friedensbereitschaft sei nicht für die Dauer gemeint, sondern stelle nur eine „Ubergangspolitik“ dar, so sind derartige gehässige Verdächtigungen durch das vorliegende, auf 10 Jahre abgeschlossene Abkommen beweiskräftig widerlegt. Das Ausland hat den Reichskanzler oft aufgefordert, seinen friedliebenden Worten die Tat folgen zu lassen. In dem deutsch-polnischen Verständigungsabkommen sind diese Worte zur Tat geworden.

Die Aufnahme in Warschau

Warschau, 27. Jan. Das deutsch-polnische Verständigungsabkommen hat in hiesigen Regierungskreisen, wie von zuständiger Seite verlautet, große Befriedigung ausgelöst und wird überaus freundlich begrüßt. Besonders wird der Umstand unterstrichen, daß der Pakt nicht von dem Bestehen irgend welcher internationaler Institutionen abhängig gemacht worden ist, zumal diese Stellen einem wechselvollen Schicksal unterliegen können. Ferner wird gesagt, daß die nunmehr erfolgte Befriedigung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern auch eine Stärkung des europäischen Friedens bedeute. Nicht zuletzt wird die große Zeitspanne von zehn Jahren, für welche dieses Abkommen abgeschlossen worden ist, als bedeutungsvolle Tatsache auch von wirtschaftlicher Tragweite angesehen.

Günstige Aufnahme in Frankreich

Paris, 27. Jan. In hiesigen politischen Kreisen wird zu der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens erklärt, die französische Politik habe den Ausbau solcher Pakte stets willkommen geheißen und gefördert, denn alles, was in Europa den Frieden zu festigen versuche, sei mit Genauigkeit aufzunehmen. Deshalb könne man sich auch zu dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens nur beglückwünschen. Denn das Frankreich befreundete und verbündete Polen liefere so einen Beitrag zum Friedenswert und setze seine Stellung durch neue Sicherheiten.

Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ bezeichnet den Vertragsabschluss als Ereignis von beträchtlicher Tragweite. Er hebt hervor, der Vertrag beweise klar, daß Deutschland einerseits die Bündnisse Polens mit Frankreich und Rumänien sowie die Beziehungen des Warschauer Kabinetts mit dem Völkerbund vorbehaltlos anerkenne. „Excelsior“ schreibt: Die französische öffentliche Meinung werde, ohne sich Illusionen zu machen, dieses Abkommen günstig aufnehmen, das für die Gegenwart die an der Weichsel vorhandenen Sturmzeichen zerstreue. Die Verantwortung Frankreichs werde dadurch in allseitiger Weise entlastet. „Petit Journal“ schreibt die Unterzeichnung beweise, daß die Warschauer Politik sich in Richtung auf eine immer größere Selbstständigkeit hin entwickle. „Le Jour“ schreibt: Bisher ist die Frage Korridor-Polen-Danzig-Schlesien international gewesen. Wenn die direkten deutsch-polnischen Verhandlungen einen Sinn haben, dann nehmen sie Europa das Aufsichtrecht und die Interventionspflicht in dieser Frage.

Kampf um Rosenburg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hoffstein.

71. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Es ist aber nichts passiert. Der Herr zog Herrn Schaffranz mit sich und dann sind sie beide fortgefahren. Ich denke, wegen dem Merger.“

Da warf Inspektor Brucks vom anderen Tische ein, ganz in seiner nachlässigen Manier? „Das . . . wird wohl ein ganz anderer Grund gewesen sein.“

Beide Männer richteten ihre Augen auf den Sprecher. „Mein Herr!“ sagte der Kriminalist. „Sie waren früher Inspektor auf Rosenburg?“

„Das war ich! Bis der junge Herr von Kamerling kam und diesen . . . Schaffranz mitbrachte.“

„Würden Sie mir einen Augenblick Gesellschaft leisten, Herr Inspektor?“ sagte Stenglein freundlich, auf den das sichere Wesen und die stattliche Erscheinung des Mannes Eindruck machten.

Inspektor Brucks erhob sich. „Nahm an dem Tische Platz. Vorstellung!“

Dann begann der Kriminalist: „Herr Inspektor . . . es ist günstig . . . wir sind allein. Sie sprachen vorhin von einem anderen Grund. Was meinen Sie damit?“

Der Inspektor beugte sich weit vor und sagte leise: „Einer . . . muß doch das Feuer angebrannt haben.“

Stenglein war ehrlich verblüfft.

„Herr Inspektor . . . weicht Gedanke . . . ich bitte Sie!“

Brucks blieb ruhig und sagte nachdrücklich: „Sehen Sie, Herr Oberkommissar! Die Sache ist die . . . ich war doch Inspektor, das ist bekannt. Ich habe acht Jahre Rosenburg als Musterort geführt. Fragen Sie in der Gegend, wen Sie wollen. Jeder weiß es. Da kam der junge Kamerling, der, wie ich erfahren habe, drei Jahre Bestenbummel hinter sich hat. Sein Vater hat ihn wegen seiner ungeheuren Verschwendung — man spricht davon, daß er über 200 000 Mark damals verbraucht hat — nach Rosenburg gesteckt. Dem jungen Herrn war zu wenig, was ich herauswirtschaftete. Er entließ mich . . . vielmehr ich ging, als ich

Die englische Presse

London, 27. Jan. Der Abschluß des deutsch-polnischen Verständigungsabkommens wird von der englischen Presse in großer Aufmerksamkeit gemeldet und ohne Ausnahme begrüßt.

„Daily Telegraph“ bezeichnet den Vertrag als den wichtigsten Beitrag des nationalsozialistischen Deutschland zur Sicherung des Friedens in Europa.

Neuer spricht von einer Entwicklung, die weitreichende Folgen für den europäischen Frieden haben könnte.

„Daily Mail“ schreibt: Was Hitler und Pilsudski getan haben, scheint beinahe ein Wunder zu sein. Das Abkommen ist der unmittelbaren Intervention Hitlers und Pilsudskis zuzuschreiben.

In der Berliner Meldung der „Morninpost“ heißt es, man hoffe, daß das Abkommen zu einer friedlichen Regelung der Korridorfrage führen werde.

„Times“ sagt: Es ist das erste Mal, daß die beiden Länder ein politisches Abkommen in einem solchen Ton und guten Willen unterzeichnet haben. Obgleich niemand, der in Deutschland lebt, glaubt, daß die Korridorfrage durch das Abkommen beigelegt sei, so scheint es doch eine bessere Aussicht für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen als jemals zuvor zu bieten. „Sitters Jahrbuchspalt mit Polen“, so schreibt „Daily Express“, ist von allererster Bedeutung. Er ist die Konsolidierung der Gewinne einer einjährigen Diplomatie. Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, daß die Unterzeichnung des Abkommens die ganze internationale Lage beträchtlich erleichtern sollte. Auch auf die Abrüstungslage werde das Abkommen günstig wirken, denn es sei so gut wie sicher, daß Polen jetzt der deutschen Forderung auf sofortige Gleichberechtigung jompatisch gegenüberstehen werde.

Pariser Krise

In der Krise des Kabinetts Chautemps hat es einen Ruck nach vorwärts gegeben. Ein Rücktrittsgesuch des Justizministers und stellw. Ministerpräsidenten Raymond gab Anlaß zu dem Gerücht, daß das Gesamtkabinet zurücktreten werde. Chautemps hat zunächst erklärt, er habe noch kein Rücktrittsgesuch erhalten, sich unter dem Einfluß der für Schaffung einer „autoritären Regierung“ eintretenden Minister aber anders besonnen. Der Anlaß zu Raymonds Rücktrittsgesuch ist folgender: Raymonds ja früher im Verwaltungsrat des Bankhauses Sacazyn, das zahlungsunfähig geworden ist und gegen dessen Leiter eine Untersuchung geführt wird. Eine Abordnung der sozialistischen Kammerfraktion, die bisher das Kabinet Chautemps unterstützt hat, forderte deshalb von Chautemps, er solle Raymonds zum Rücktritt veranlassen.

Die seit Tagen üblichen Kundgebungen gegen das Kabinet haben unter dem Eindruck der Enttäuschung über die Verzögerung des Rücktritts in der Nacht zum Samstag ein außergewöhnliches Anwachsen gezeigt. Vom Platz der Republik aus bildete sich ein Zug, der immer mehr answoll und unter dem Gesang der Marseillaise und mit dem Rufe „Nieder mit den Dieben!“ zu den großen Boulevards und nach dem Opernplatz zog. Vor der Madeleine-Kirche betrug die Zahl der Kundgeber etwa 1000. Diese versuchten, über die Seinebrücke vor das Kammergebäude zu ziehen, was aber durch die Polizeiabsperrung verhindert wurde. Etwa 100 Kundgeber zogen unter dem Gesang der Marseillaise vor das Kriegsministerium. Zu gleicher Zeit hatte sich in der Nähe des Nordbahnhofes ein Zug gebildet, der ebenfalls nach der Innenstadt vorzudringen versuchte. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die 15 Verhaftungen vornahm. Zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Auch vom Boulevard St. Germain aus versuchte ein Zug nach dem Kammergebäude vorzustoßen, wurde aber daran durch die Polizei verhindert. Ueberdies fand eine Straßenkundgebung vor dem Justizministerium statt.

Regierungsrücktritt in Paris

Paris, 28. Jan. Das französische Kabinet hat am Samstag mittag beschlossen, zurückzutreten. Die Minister begaben sich gegen 17 Uhr ins Elysee, um dem Staatspräsidenten ihr Rücktrittsgesuch zu unterbreiten. Der Präsident der Republik hat den

einfach nicht mehr mitmachen konnte. Jetzt kam nun die Ernte . . . natürlich mit dem Herauswirtschaften . . . du sieber Gott . . . nicht einen Zentner mehr! Was tut man da? Man verbrennt . . . vielleicht . . . ein paar tausend Zentner Stroh mit ein paar Körnern darunter und dann sind 3000 Zentner verbrannt. Gleichzeitig sorgt man dafür, daß die 60 Mille, die vielleicht nie darin gelegen haben, verschwinden. Er hat ja den Schaffranz an der Hand, der wie ein Hund an ihm hängt . . . ich glaube, der ist jeder Schandtat fähig . . . der Lump!“

Stenglein hörte das alles und war etwas verwirrt.

Wußte der Inspektor über Schaffranz Bescheid?

Scheinbar doch!

„Sie wissen über Karl Schaffranz Bescheid?“ fragte Stenglein vorsichtig.

Thomas Brucks horchte auf. Hier stimmte etwas nicht! Das mußte er erfahren.

„Ich weiß von einem Bekannten!“ sagte er nachlässig.

„Er soll gefessen haben! Gefängnis wegen Betrug!“

Damit klopfte er auf dem Tisch. Und der gewiegte Kriminalist fiel darauf hinein.

„Zuchthaus! Zwei Jahre . . . eins ist ihm geschenkt worden! Schaffranz war damals in den Leipziger Taschendiebsprozess als Oberwachmeister verwickelt.“

Thomas Brucks mußte sich gewaltig zusammennehmen. Er frohlockte innerlich.

Äußerlich blieb er ganz ruhig.

„Es wird für Sie doch nicht so schwer sein, jetzt Klarheit in die Sache hineinzubringen.“

Stenglein wiegte bedächtig den Kopf.

„Schaffranz! Ra, ja! Da ließe sich schon einhaken . . . aber . . . der Herr von Rosenburg! Da langts nicht. Ueberlegen Sie sich doch . . . der Kommerzienrat Kamerling ist ein vielfacher Millionär. Es ist ja unsinnig . . . hat es da sein Sohn nötig? Die Gründe fehlen.“

Thomas Brucks nahm sich zusammen. Seine Ruhe war bewunderungswürdig.

„Die Gründe sind doch eben da, Herr Oberkommissar! Ueberlegen Sie: der junge Kamerling steht wegen seiner Verschwendung der gewissermaßen unter Kuratel des Vaters. Ihm stehen keine bedeutenden Geldmittel zur Frönung

Rücktritt angenommen und die Minister gebeten, die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterzuführen.

Im Zusammenhang mit der durch diesen Rücktritt geschaffenen politischen Lage erklärte Chautemps, daß seine Regierungsführung in den letzten Tagen mehrere Male von der großen Mehrheit der beiden Kammern gutgeheißen worden sei. Die Regierung bleibe deshalb Herr ihrer Beschlüsse. Das öffentliche Leben stehe jedoch im Augenblick unter dem Einfluß der Wirren, die der Finanzskandal in der Öffentlichkeit hervorgerufen habe und der außerdem als Vorwand für eine politische Propaganda ausgenutzt werde. Der Rücktritt des Justizministers mache der Regierung die Erfüllung ihrer Pflicht in einer ruhigen Atmosphäre noch schwieriger. Ministerpräsident Chautemps hat deshalb seinen Kollegen vorgeschlagen, dem Staatspräsidenten den Gesamtrücktritt des Kabinetts zu unterbreiten, um einer neuen Regierung die Fortsetzung der Aufgabe zu ermöglichen. Der Kabinettrat hat diesen Vorschlag einstimmig angenommen.

Chautemps lehnt Neubildung ab

Chautemps hat erklärt, Der Präsident der Republik hat der Regierung für ihre Bemühungen namentlich bei der Beratung des Staatshaushaltes seine Anerkennung ausgesprochen. Unter Hinweis auf die Mehrheit die mein Kabinet stets im Senat und in der Kammer erhielt, hat der Präsident mich gebeten, die neue Regierung zu bilden. Ich konnte meinem Wunsche aber nicht nachkommen. Der Präsident der Republik wird unverzüglich die Besprechungen zur Lösung der Krise beginnen.

Chautemps hatte am 27. November 1933 als Nachfolger des Uebergangskabinetts Sarraut die Regierung übernommen. Er versuchte zunächst, die Grundzüge seiner Regierung durch Hineinnahme von Vertretern des Zentrums und der sogenannten Neusozialisten zu erweitern. Diese Absicht scheiterte an grundsätzlichen Gegensätzen zwischen diesen beiden Flügeln. So stellte sich Chautemps am 2. Dezember mit einem fast rein radikal-sozialistischen Kabinet der Kammer vor. Gleichzeitig brachte er eine neue Finanzvorlage ein. Es war ihm beschieden, im Laufe der Verhandlungswochen in der Kammer und im Senat einen Erfolg zu erzielen, der seinen Vorgängern verjagt geblieben war. Die Regierung konnte Frankreich eine von beiden Kammern verabschiedete Finanzvorlage auf den Weihnachtstisch legen, die den Fehlbetrag im Haushaltsplan um 4 Milliarden Francs verringerte. In diesem Zusammenhang erhielt die Regierung Chautemps eine Ermächtigung für eine 10-Milliarden-Anleihe. Ein entscheidender Schritt war getan. Aber noch stand die Verabschiedung des Haushaltsplanes 1934 bevor. Die Regierung Chautemps hätte also im Januar auch ohne den Staviski-Skandal eine neue Kraftprobe bestehen müssen.

Besprechungen um die Kabinettsbildung

Paris, 28. Jan. Der Präsident der Republik hat am Sonntag die Beratungen über die Kabinettsbildung fortgesetzt. Zunächst empfing er den ehemaligen Minister Tardieu, der nach Neuzugungen, die er gegenüber der Presse machte, für die nationale Union, für beschleunigte Verabschiedung des Haushalts, für einen neuen Mann an der Spitze der Regierung und unter Umständen für Auflösung der Kammer eingetreten ist. Anschließend empfing Staatspräsident Lebrun den ehemaligen Ministerpräsidenten Herriot, der es nach Verlassen des Elysees ablehnte, eine Erklärung abzugeben. — Als dritter kam der ehemalige Justizminister Barthou an die Reihe. Ueber das Ergebnis seines Gedankenanstausches mit dem Präsidenten ist noch nichts bekannt. Nach der Besprechung mit Barthou empfing der Staatspräsident den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats und ehemaligen Ministerpräsidenten Caillaux.

Schacht über „Nationalsozialistische Bankreform“

Riel, 27. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach im Institut für Weltwirtschaft in Riel über „Nationalsozialistische Bankreform“. Dr. Schacht führte u. a. aus, Gemessen an den Schwierigkeiten, denen sich vor Jahresfrist der Führer und seine Mitarbeiter gegenübersehen, sei unlangbar ein großer Erfolg erzielt worden. Was das Arbeitsgebiet der Reichsbank betreffe, so sei auch auf dem Gebiete des Kreditwesens eine erfreuliche Auflockerung festzustellen. Die unmittelbare praktische Aufgabe einer Bankreform beruhe nicht in dem

seiner Leidenschaftlichen zur Verfügung. Ergo, er muß sie schaffen! Was tut man? Ueberversicherung! Ist ja erwiesen! Ich habe Rosenburg nie mehr als mit 500 000 Mark versichert. Es brennt! Stroh verbrennt . . . die Versicherung zahlt. Weiter: Willfried von Kamerling! Ist sehr ehrgeizig. Er leidet an der fixen Idee, daß Rosenburg das Doppelte abwerfen muß. Gut, die Ernte ist da. Er hat hier im Dorf schon große Worte fallen lassen, daß es eine ganz andere Ernte wird. Was geschieht . . . nein, das Gegenteil ist der Fall . . . die Ernte ist aller Wahrscheinlichkeit nach kleiner. Der Herr ist der Blamierete! Was tut man? Stroh brennt man an. Getreide ist verbrannt.“

„Das sind wohl zwei Gründe! Ueber der Einbruch?“

„Ganz einfach! Willfried von Kamerling mußte die 60 Mille in die Hand bekommen. Er hat sie ja ausdrücklich vom Getreidehändler bar ausbezahlt. Was war einfacher! Er hat ja Schaffranz, der die beste Verbindung mit den Einbrecherkreisen hat. Was ist einfacher . . . er läßt sich durch Schaffranz einen Knacker kommen. Läßt ihn ein. Der knact den Geldschrank auf, erhält sein Geld. Das Befähigt ist erledigt. Sehr einfach.“

Stenglein winkte ab.

„Herr Brucks,“ sagte er, „Sie hassen den Herrn von Rosenburg, das stimmt Sie voreingenommen.“

„Das schreiet aus, Herr Oberkommissar! Ich bin ja vollkommen rehabilitiert! Der Schwiegervater des Herrn von Kamerling, Herr von Waslewski, hat mich ja engagiert! Meine Stellung dort ist günstiger. Die Waslewskische Herrschaft ist größer. Ueberlegen Sie doch, Herr Oberkommissar . . . warum fährt Kamerling mit Schaffranz plöthlich weg? Denken Sie daran, welche Zeit lag dazwischen! War da nicht bequem Zeit, alles zu machen? Wann entdeckte Schaffranz den Brand? In der Dämmerung, als er von seinem Inspektionsgange zurückkam, da entdeckt er den Rauch! Ich möchte behaupten, es ist unmöglich, den Rauch in dieser Stunde zu bemerken, es im Grau der Dämmerung . . . ausgeschlossen! Schaffranz wußte, daß es brannte, daß keine Löschmöglichkeit mehr bestand. Nun, Sie können ja handeln, wie Sie befinden. Ich habe Ihnen meine Meinung gesagt, nichts weiter . . . nur meine Privatmeinung.“

(Fortsetzung folgt.)

Erfah der einen Organisationsform durch eine andere, sondern an der Spitze stehe die Forderung einer Reformierung der Gewinnung. Und wenn von einer nationalsozialistischen Bankreform gesprochen werde, so muß man sich vor Euren halten, daß Nationalsozialismus nicht ein äußeres System, sondern innere Gewinnung sei. Mit dieser inneren Gewinnung die Leiter und Träger des Geld, Kredit und Bankwesens zu erfüllen, sei die eigentliche Aufgabe der Bankreform. Wenn man das Bankwesen wie alle wirtschaftlichen Einrichtungen als dienendes Glied zum hohen Zweck der Wohlfahrt eines Volkes ansehe, so werde man sich auch von den umlaufenden Schlagworten befreien können. Eine grundsätzliche Einstellung gegen das Kapital sei sinnlos. Der Garten des Gärtners, der Pflug des Bauern, die Maschine des Industriellen und das Gold des reichen Mannes seien alles Kapitalgüter, die ihre volkswirtschaftliche Berechtigung haben, wenn sie durch Arbeit gewonnen sind. Darum sei das Ausleihen solcher Güter und die Entrichtung eines Entgeltes für solche Leih unentbehrlich für den Fortschritt jedes Volkes.

Die Zahlung von Zinsen sei notwendig. Wenn man andererseits mit Recht von einer Zinsnechtigkeit spreche, so heiße das, daß man dem Besitzer des Leihkapitals keinen beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft eines Volkes zuerkennen könne, sondern daß man die Nutzung dieses Leihkapitals dem Interesse der Gesamtheit unterordnen müsse.

Dr. Schacht wandte sich dann gegen die Entwicklung, die das Bankwesen im letzten Abschnitt der liberalistischen Wirtschaftsperiode vor dem Kriege und vor allem in der marxistischen Periode nach dem Kriege genommen habe, nämlich die immer stärkere Zusammenballung von Banken, die nur zu oft das Mittel der Kreditgewährung zu einem Mittel der Einflußnahme auf die Produktionsgestaltung mißbraucht hätten. Bei der Neugestaltung des deutschen Bankwesens in nationalsozialistischem Sinne sei die Pflege eines leistungsfähigen Geld- und Kapitalmarktes ein grundlegendes Erfordernis. Geld- und Kapitalmarkt müßten für ihre beiden, voneinander völlig verschiedenen Aufgaben getrennt gehalten werden. Vor allem die Sparkassen müßten die ihr anvertrauten langfristigen Spargelder und die kurzfristigen Kassengelder kurzfristig anlegen. In gleicher Weise müßten auch alle sonstigen Bankinstitute arbeiten. Auf diese Weise werde das gesamte Sparkapital, das seiner Natur nach langfristig sei, für den Wiederaufbau des Kapitalmarktes zur Verfügung stehen. Der Reichsbankpräsident warnte jedoch vor einem überstürzten willkürlichen Eingriff in die bestehenden Zinsverhältnisse, durch den der natürliche Gesundungsprozeß des Geld- und Kapitalmarktes nur gehemmt würde.

Dr. Schacht wandte sich dann dem Problem der Regionalbanken zu, für deren Erhaltung und Stärkung er besonders eintrat. Auch die wertvollen Dienste des Privatbankiers für die erbliche Kreditversorgung wurden vom Reichsbankpräsidenten voll anerkannt.

Der Reichsbankpräsident begrüßte ferner die Bestrebungen nach einem engeren ständischen Zusammenschluß des Bankwesens unter der Kontrolle des Staates, wodurch es auch zu einer Regelung der Wettbewerbsfrage und zu einer Umgestaltung der gesamten Personalfragen kommen werde. Besonders der Nachwuchsfrage müsse man Beachtung schenken. Die jungen Bankbeamten müßten wieder mehr Gelegenheit bekommen, Erfahrungen im Auslande zu sammeln. Schließlich müsse eine ständische Berufsvertretung des Bankwesens ihr Augenmerk ganz besonders der Wahrung der Standesehre zuwenden. Das Eindringen fachlich ungenügend vorbereiteter und charakterlich ungeeigneter Elemente in das Bankwesen müsse verhindert werden. Von einem Ausbau der staatlichen Aufsicht über das Bankwesen dürfe nicht abgesehen werden, ohne dadurch allerdings die Initiative des deutschen Bankwesens in Gefahr zu schlagen. Dr. Schacht schloß mit der Feststellung, daß die bisherige deutsche Bankführung in entscheidenden Punkten gegenüber den Aufgaben einer gewandelten Zeit verlagert habe. Die deutschen Bankführer der Zukunft müßten sich ihre Anerkennung durch Leistung und Gemeinschaftsinn neu erkämpfen.

Führerwechsel im Ruffhäuserbund

General von Horn zurückgetreten — Oberst Reinhard Bundesführer

Berlin, 28. Jan. Reichspräsident von Hindenburg, der Schutzherr des Deutschen Reichskriegerbundes Ruffhäuser, hat den Rücktritt des Ruffhäuserbundesführers, General der Artillerie a. D. von Horn, genehmigt. General von Horn führte seit sieben Jahren den Ruffhäuserbund, und es ist ihm gelungen, diese größte Einheit ehemaliger Soldaten geschlossen dem Volksofizieren des neuen Deutschen Reiches, Adolf Hitler, zu unterstellen.

Der Reichspräsident hat an General von Horn folgenden Handschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr General! Mit Ihrer Absicht, von dem Amte des Bundesführers des Deutschen Reichskriegerbundes Ruffhäuser zurückzutreten, erkläre ich mich in Würdigung der mit vorgetragenen Gründe einverstanden. Bei Ihrem Ausscheiden aus diesem Amte gedenke ich der wertvollen väterländischen Arbeit, die Sie in Ihrer langjährigen Tätigkeit als Führer des Ruffhäuserbundes geleistet haben und spreche Ihnen hierfür Dank und aufrichtige Anerkennung aus. In alter Kameradschaft verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.

Die in Berlin zusammengelassenen Landesführer des Ruffhäuserbundes haben einstimmig den Oberstlandesführer der SA, Oberst a. D. Reinhard, gebeten, die Führung des Ruffhäuserbundes zu übernehmen. Der Oberstlandesführer erklärte sich bereit, die Führung zu übernehmen und sicherte zu, den Ruffhäuserbund in seinem Bestande zu erhalten.

Am Montag englische Regierungserklärung zur Abrüstungsfrage

London, 27. Jan. Der Abrüstungsunterauschuß des Kabinetts hielt eine Sitzung ab. Wenn das Parlament am Montag wieder zusammentritt, werden an den Außenminister mehrere Anfragen in der Abrüstungsfrage gestellt werden. Man erwartet, daß Simon eine Erklärung abgeben wird. Auf der Kabinettsitzung wurde, wie verlautet, diese Regierungserklärung vorbereitet. Sie wird entweder mündlich erfolgen oder in Gestalt eines Weißbuches. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die neue Erklärung sich auf den britischen Konventionentwurf gründet. Man erwartet jetzt, daß die Regierung Abänderungen vordringen wird, die läuzliche Ereignisse als wünschenswert nahegelegt haben. Die neue Erklärung wird, wie zuverlässlich geglaubt wird, den Zweck verfolgen, ein Maß von Uebereinstimmung unter den Mächten zu erzielen, das eine Abrüstungskonvention möglich machen wird.

Feierliche Vereidigung der Politischen Leiter am 25. Februar

NSD. Die 14. Wiederkehr des Tages, an dem die NSDAP, die erste große Versammlung in München abgehalten hatte und an dem Adolf Hitler das Programm der Partei verkündete (25. Februar 1920) ist als Zeitpunkt für eine feierliche Vereidigung der politischen Leiter sämtlicher Gaue bestimmt worden. Alle Gaue halten am 24. und 25. Februar Gauparteitage ab, in deren Mittelpunkt der feierliche Akt der Vereidigung stehen wird.

Am Abend des 24. Februar finden in allen Gaue Sonder tagungen statt, von denen jede für sich zu einer feierlichen Kundgebung ausgestaltet werden wird. Anschließend werden die ältesten Parteigenossen des Gauces sich besonders versammeln.

Die eigentliche Vereidigung findet am Sonntag, den 25. Februar, statt. Alle Parteigenossen, die ein Amt in der Partei oder deren Neben- und Unterorganisationen, außer der SA. und SS., innehaben, werden vereidigt. Die feierliche Vereidigung wird mit Hilfe einer Kundfunkübertragung von München aus vorgenommen werden. Der Gauleiter des Gauces München-Oberbayern wird die Feier eröffnen. Es folgt die Ansprache des Stabsleiters der PD., Dr. Len. Hierauf wird der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, die Vereidigung auf den Führer vornehmen.

„Der vollendete Durchbruch der NSD.“

Berlin, 28. Jan. Der NSD.-Leiter, Staatsrat Walter Schulmann, nimmt in einem Aufruf „Der vollendete Durchbruch der NSD.“ zur Neuorganisation der Deutschen Arbeitsfront Stellung. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Überall im öffentlichen Leben Deutschlands ist heute die Partei bestimmend. Als Spezialtruppe im Kampf um die Betriebe hat die NSD. ihr großes Ziel erreicht, d. h. sie hat heute die unumstrittene weltanschauliche Führung der im Betriebe vereinigten Betriebsführung und Betriebsgeselligkeit. Das Recht der Führung hat sich die NSD. durch Blut und Opfer, durch zähesten aufopferungsvollen Kampf erworben. Die Führung durch die NSD. garantiert auch für alle Zukunft, daß in den deutschen Betrieben nicht mehr Klassenkampf und Kampengeist die Arbeit hemmen, sondern durch innigstes Zusammenarbeiten der Gedanke der Volksgemeinschaft in Deutschland und der ganzen Welt zum Vorbild erstmalig in die Tat umgesetzt wird.

Stalin zur Innen- und Außenpolitik

Moskau, 28. Jan. Auf dem 17. Parteitag der Sowjetunion hielt Stalin eine mehrstündige Rede über die innen- und außenpolitische Lage, wobei er u. a. ausführte:

Die gesamte Wirtschaftskrise in Europa, Asien und den Vereinigten Staaten habe gezeigt, wie krank die kapitalistische Wirtschaft sei. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte Stalin den Wunsch der Sowjetregierung, unbedingt die Friedensbeziehungen zu der ganzen Welt aufrecht zu erhalten, obwohl es Mächte gebe, die einen Konflikt mit der Sowjetunion provozieren wollten. Die Beziehungen zu Japan verdienen die größte Aufmerksamkeit. Die japanische Ablehnung, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschließen, sei ein feindseliger Akt gewesen. Stalin streifte dann noch kurz die Beziehungen zu Deutschland, wobei er behauptete, daß in Deutschland angeblich kommunistische Kräfte am Werk seien. Die Sowjetunion jedoch, fuhr Stalin fort, trete dennoch für die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland ein.

Letzte Nachrichten

Verschmelzung des Kernstahlhelms mit der SA.

München, 28. Jan. Die Oberste SA-Führung gibt im „Völkischen Beobachter“ bekannt, daß der bisher noch in der SA, 1. weiterbestehende Kernstahlhelm mit der SA. völlig verschmolzen wird und unter den Befehl des SA-Gruppenführers tritt, in dessen Bereich die SA, 1.-Einheiten liegen. Hand in Hand mit dieser organisatorischen Maßnahme legt der bisherige Kernstahlhelm den feldgrauen Rock ab. Sämtliche SA-Gliederungen tragen nunmehr künftig einheitlich das braune Ehrenkleid.

Auf dem Heimweg von einer Hochzeit ermordet

Tuttlingen, 27. Jan. Am Freitag morgen wurde auf der Landstraße zwischen Hölzle und der sogenannten Altstadt bei Weßkirch der 25jährige Knecht Hugo Kramer, bedienstet auf dem Hooladerhof in Altheim bei Weßkirch, tot aufgefunden. Der Tote hatte am Hals eine ebenso tiefe wie lange Schnittwunde. Die sich bis auf die andere Halsseite erstreckte. Der Oberstaatsanwalt von Konstanz weist bereits am Tatort. Nach Sachlage der Dinge kann nur Mord angenommen werden. Der Getötete war am Donnerstag auf einer Hochzeit in Weßkirch und trat etwa nachts um 12 Uhr mit einem anderen Knecht ebenfalls in Altheim bedienstet, in bestem Einvernehmen den Heimweg an. Dieser Knecht der ihn auf dem Heimweg begleitet hatte, soll aus Rendingen bei Tuttlingen stammen. Er wurde verhaftet und ins Amtsgefängnis Stodach verbracht.

Vollziehung des Reichsrats am 30. Januar

Berlin, 27. Jan. Der Reichsrat ist jetzt zu seiner ersten Vollziehung für Dienstag, den 30. Januar, 5.30 Uhr nachmittags, nach dem Reichstagsgebäude einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nur drei Punkte, und zwar zunächst die Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung, ferner die Bekanntgabe der in der Zeit vom 22. September 1933 ab im Umlauf erledigten Sachen und als dritter Punkt Verschiedenes.

Filmvorführung auf Kreuzer „Karlsruhe“

Kiel, 28. Jan. Kreuzer „Karlsruhe“ führt auf seiner Auslandsreise einen Filmvorführungsapparat mit sich, der namentlich in den ausländischen Häfen in Tätigkeit tritt. Filme, die für das neue Deutschland charakteristisch sind, werden von den deutschen Kolonien im Ausland mit Begeisterung aufgenommen. Während des Aufenthalts des Schiffes in Tritonali, Ceilon wurden den Engländern Ausschnitte vom Nürnberger Parteitag gezeigt, die ganz ausgezeichnet wirkten.

Uberschwemmungskatastrophe am Hoang-ho

London, 28. Jan. Wie Reuters aus Shanghai meldet, ist der Hoang-ho über seine Ufer getreten und hat weite Gebiete besonders in der Provinz Honan, überschwemmt. Etwa 10.000 Menschen sollen in den Fluten umgekommen sein oder den Tod des Erstickens erlitten haben. Tausende von Menschen irren in den Überschwemmungsgebieten obdachlos umher.

Staatsrat Dr. Weidemann Landesbischof von Bremen

Bremen, 28. Jan. Auf Grund der Vollmacht des Reichsbischofs vom 21. Januar 1934 hat der Präsident der Bremischen Evangelischen Kirche, Otto Heider, dem Schriftführer der Bremischen

Evangelischen Kirche, Staatsrat Pastor Dr. Weidemann, den Titel Landesbischof der Bremischen Evangelischen Kirche verliehen.

Verdoppelung der amerikanischen Luftstreitkräfte

Washington, 28. Jan. Der amerikanische Kriegsminister hat einen Fünfjahresplan für den Ausbau der Luftstreitkräfte des Landheeres bekanntgegeben. Der Plan soll alsbald den Militär-ausschüssen der beiden Häuser unterbreitet werden. Die bisherige Sollstärke von 1800 Flugzeugen soll um 1000 vermehrt werden. Die durchschnittlichen Kosten für jedes neue Flugzeug werden mit 40.000 Dollar angegeben. Nach den Angaben des Kriegesamtes wird Amerika hiermit das größte Luftgeschwader der Welt haben.

Lokales

Wildbad, 29. Januar 1934.

80 Jahre alt, Herr Bauwerkmeister Wilhelm Krauß vollendet heute in vollkommener körperlicher und geistiger Frische sein 80. Lebensjahr. Der in Ehren ergraute Veteran der Arbeit erzählt gelegentlich am Stammtisch noch gerne aus seiner Berufszeit, von der insbesondere das Königstalbad und die katholische Kirche Zeugnis ablegen. Als langjähriger Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr, diente unser vorbildlicher Mitbürger auch der Allgemeinheit, so daß an seinem heutigen Geburtstag wohl die gesamte Gemeinde Anteil nehmen dürfte. Auch wir entbieten dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche und gönnen ihm einen sorgenfreien Lebensabend.

Programm zu den Schulfeiern am 30. Januar 1934

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Der Kultminister hat angeordnet, daß am Tag der Wiederkehr der nationalen Erhebung im Schulunterricht das Aufbauprogramm der nationalen Regierung behandelt werden soll. Anschließend finden gemeinsame Feiern statt und, wo es möglich ist, Ehrungen für die toten Kämpfer des Weltkrieges und der nationalen Revolution.

Der Tag der Wiederkehr der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus soll nach dem Willen des Führers nicht durch rauschende Feste, sondern durch Befassung und Arbeit gefeiert werden. Darum wird für die Schulen folgendes angeordnet:

1. Der Tag beginnt durch feierliche Flaggenhissung auf den Schulgebäuden unter Teilnahme sämtlicher Lehrer und Schüler.

2. Nach der Flaggenhissung begeben sich die Schüler in ihre Klassenzimmer. Dort wird unter Unterbrechung des lehrplanmäßigen Unterrichts den Schülern ein Bild des Geschehens des ersten Jahres im nationalsozialistischen Reich entwickelt. An den untersten Klassen wird man sich darauf beschränken, einprägsame Einzelbilder herauszugreifen, in den mittleren Klassen werden die großen Persönlichkeiten, insbesondere der Führer selbst, im Mittelpunkt stehen, während an den oberen Klassen, vor allem der höheren Schulen, der Versuch gemacht werden muß, die Umwälzung in ihrer tieferen Bedeutung zu erfassen.

3. Um 10 Uhr versammeln sich sämtliche Klassen zu einer gemeinsamen Feier, in deren Mittelpunkt eine Ansprache steht, und die mit dem Deutschlandlied zu eröffnen und dem Horst-Wessel-Lied zu schließen ist. Die Feier soll spätestens um 11 Uhr beendet sein.

4. Wo es die Verhältnisse gestatten, kann anschließend an die Schulfeier am Kriegerdenkmal oder einem anderen geeigneten Platz eine Ehrung der toten Kämpfer des Weltkrieges und der nationalen Erhebung stattfinden. Diese Ehrung sollen alle oder mehrere Schulen eines Ortes gemeinsam begeben.

5. Am Nachmittag ist in den Schulen, die ein Rundfunkgerät besitzen, den Schülern und allen Volksgenossen Gelegenheit zu geben, die Übertragung der Rede des Führers zu hören.

6. Abends 6 Uhr soll eine Abordnung der Hitlerjugend unter Teilnahme eines Lehrers die Flaggen feierlich einholen.

Württemberg

Stuttgart, 27. Jan. Vor Vertretern der Presse und im Beisein des Oberbürgermeisters Dr. Strölin machte am Samstag im großen Saal des Württ. Wirtschaftsministeriums Wirtschaftsminister Professor Dr. Vechnich grundsätzliche Ausführungen über die Siedlungsprobleme in Württemberg im Rahmen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Im einzelnen ergründete und erläuterte Wirtschaftsminister Dr. Vechnich die in Frage kommende Binnen- und Ostfeldung, wobei er betonte, daß die Siedlungsprobleme in Württemberg die Unterbringung sämtlicher moharidischen Stellen, besonders des Innenministers Dr. Schmid, des Landesbauernführers Arnold, des Präsidenten der Landeskrebitanstalt, Nischele, und des stellv. Gauleiters Schmidt gefunden habe. Das Siedlungsproblem sei allen diesen Stellen geradezu ein Herzensbedürfnis. Der Redner betonte mit Nachdruck, daß eine Stärkung der geplanten und bereits zum Teil in die Praxis umgesetzten Siedlungsarbeit mit allen Mitteln von der Regierung bereitete werde. Mit der Aufteilung von großen Grundbesitz sei man schon in verschiedenen Oberämtern Oberämtern am Werk. Neben der Siedlung sei aber auch schon die Verarbeiterung kleinerer Bauernstellen betrieben worden, um den betroffenen Kleinbauern das nötige Existenzminimum zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden schon beträchtliche Waldrodungen vorgenommen. Württemberg sei schon von jeher das typische Land der Kolonisation gewesen und habe in dieser Richtung nach wie vor besondere Aufgaben. Bei der Gründung der Nordfeldung GmbH. sei der Gedanke vorberührend gewesen, den Ueberfluß deutschen Bauernums aus dem Südwesten und Westen nach dem Norden und Osten des Reichs zu leiten. Was die Kosten der einzelnen Siedlung anbelangt, so müsse von vornherein betont werden, daß man außerordentlich sparsam wirtschaftete. Die Ausstattung jeder einzelnen Siedlungsstelle werde aber so gut wie möglich vorgenommen werden, damit sich unsere Bauern auch wohl fühlen könnten. Die Preise für die einzelnen Siedlungsstellen bewegen sich nach Angabe des Ministers zwischen 20.000 und 25.000 RM für die 60 Morgen große Siedlung.

Es gab noch Landesbauernführer: Arnolds von Bond von... den Beispielen eine Reihe von bemerkenswerten Aufschlüssen, aus denen zu entnehmen ist, daß auch heute schon Bauernhöfe, die wirklich Bauern sind und heute in der Stadt leben, aufs Land wieder zurückgeholt werden müßten. Er ließ sich für die nach Norddeutschland kommenden Siedler keine schlechten Leute ausgewählt werden würden, sondern nur solche, die dem Schwabenland Ehre machten. Oberbürgermeister Dr. Strölin dankte für die Inangriffnahme des großzügigen Planes. Auch bei der Großstadt handle es sich um eine systematische Zurückführung von zugezogenen Bauernhöfen auf das Land. Er versicherte den betreffenden Stellen tatkräftigste Unterstützung von Seiten der Stadt Stuttgart. Präsident Nischele führte aus, daß es eine Ehrenpflicht der Landeskrebitanstalt sei, der Siedlung zu dienen und dankte auch der Stadt

Stuttgart für ihre Mitwirkung an der Schaffung des neuen Bauernrechts. Nachdem noch Professor Fuchs einige anerkennende Worte gefunden hatte, sprach Oberregierungsrat Dr. Sotlacher dem Minister den Dank der anwesenden Pressevertreter aus.

Die Beilegung des Falles Adam

Stuttgart, 28. Jan. Der Kultminister hat nach genauer Prüfung der Sachlage dem Professor der katholischen Theologie, Dr. Adam in Tübingen, wegen einiger aus politischen Gründen zu beanstandenden Stellen seines Vortrages in der Stadthalle seine Mißbilligung ausgesprochen. Nachdem nunmehr erwartet werden darf, daß Professor Adam sich in seinen Äußerungen künftig größte Zurückhaltung auferlegen wird, wird ihm die Wiederaufnahme seiner Vorlesungen gestattet. Ein staatliches Eingreifen in die gegenwärtige weltanschauliche und religiöse Auseinandersetzung hat nicht stattgefunden und ist auch nicht beabsichtigt.

Lützenhardt, M. Horb, 27. Jan. (Kotzschrei der Bärstehändler.) In einer Versammlung der Lützenhardter Bärstehändler erklärte der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Rupp, daß der Daseinskampf der Lützenhardter Bärstehändler in kürzester Zeit zur Tragödie werden müsse, wenn der Kampf gegen das Wandergewerbe sich weiterhin auch gegen die Bärstehändler richte. Lützenhardt müsse entweder zusammenbrechen, oder die Desfinitivität sehe ein, daß das Wandergewerbe für Lützenhardt die Lebensfrage ist.

Freudenstadt, 27. Jan. (Wildschweine.) In den letzten Tagen ist es Jorkbeamten und Jägern gelungen, in der Nähe von Freudenstadt in einer eigens dazu gebauten Falle zwei Wildschweine im Gewicht von je rund 60 Pfund zu jagen und durch Blattschuss zu töten.

Ebingen, 27. Jan. (Neuer Abbote.) Die außerordentliche Generalversammlung der Genossenschaftsdruckerei „Neuer Abbote“ in Ebingen hat einstimmig die Liquidation der Genossenschaft beschlossen. Zu Liquidatoren wurden die bisherigen Geschäftsführer der Firma M. Steinhilber und A. Eith bestellt. Wie der „Wille“ hört, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bildung begriffen, die den Druckereibetrieb auf etwas veränderter Grundlage fortführt. In der Druckerei wird seit kurzem auch ein Teil des „Wille“ hergestellt.

Ebingen, 27. Jan. (Das alte Rathaus verkauft.) Die Stadt Ebingen hat dieser Tage das ehemalige Rathaus in der Marktstraße um den Kaufpreis von 25 000 RM. an die Reichsbank veräußert. Das Gebäude, das starke Eichenholzkonstruktion aufweist, soll abgebrochen werden und einem modernen Bantneubau Platz machen.

Göppingen, 27. Jan. (25 Zentner Guß gestohlen.) Im früheren Surawert bei Holzheim, das zur Zeit abgebrochen wird, sind in letzter Zeit rund 25 Zentner Gußteile gestohlen worden. Die Täter sind jetzt ermittelt worden. Es handelt sich um vier, teils verheiratete jüngere Leute, die in Holzheim wohnhaft sind und die gestohlenen Gußmengen an ein Eislinger Werk verkauft haben.

Blaufelden, M. Gerabronn, 27. Jan. (Tödtlich verunglückt.) Am Mittwoch ist Hermann Eichenhut von hier bei einer Sprengung tödtlich verunglückt. Der junge Mann war bei den Kanalarbeiten an der Bahnstrecke Blaufelden-Rot am See beschäftigt. Eichenhut hatte ein Bohrloch fertiggestellt. Im Uebereifer kehrte er sofort nach der Explosion zu dem Sprengloch zurück. Dabei traf ihn ein von der Sprengung in der Luft umherfliegender Stein auf den Hinterkopf und schlug ihm die Schädeldecke ein. Nach kurzer Zeit trat der Tod ein.

Hall, 27. Jan. (Ausweisung dreier Familien.) Der Gemeinderat stimmte den Anträgen auf Ausweisung dreier neu zugezogener Familien aus Sicherheits- und armenpolizeilichen Gründen zu. In diesem Zusammenhang wurde einem Vermieter ein Darlehen der Stadt gekündigt.

Giengen a. Br., 27. Jan. (Ein Heimatstück.) Am 5. September 1934 fährt es sich zum 300. Mal, daß die ehemalige freie Reichsstadt Giengen a. Br. in Schutt und Asche gelegt wurde. Aus diesem Anlaß ist an die Aufführung eines Heimatstücks gedacht. Von Studentat Paul Wanner in Stuttgart ist bereits ein Heimatstück, betitelt „Brennende Heimat“, verfaßt worden, das diese historische Begebenheit wiedergibt. Das Stück, das vom Verfasser im Sitzungssaal im Rathaus vorgetragen wurde, hat allgemein begeisterte Aufnahme gefunden. Es soll auf einer Freilichtbühne auf dem Schießberg unter Mitwirkung von 150 Spielern dargestellt werden.

Wurzach, 27. Jan. (Todesfall.) Am Freitag verstarb hier Vermessungsrat Richard Hettlinger im Alter von 52 Jahren. Er kam im Jahre 1904 als Geometer hierher und übernahm nach dem Kriege, den er als Leutnant bei der Feldartillerie mitmachte, eine Oberamtsgeometerstelle in Waldsee, wo er dann später zum Vermessungsrat aufstieg.

Schwarzes Brett

Winterhilfswerk Wildbad.

Die zum Jahrestag der Nat.-soz. Revolution zur Ausgabe kommenden

Gutscheine für Lebensmittel u. Kohlen

werden morgen Dienstag vormittag ab 10 Uhr im Gemeindefaal ausgegeben.

Mögglingen M. Ludwigsburg, 28. Jan. (Zu Tode gedrückt.) Hier verunglückte der ledige 47jährige Frh Reichert beim Füttern des Viehs dadurch, daß er von einer plötzlich wild gewordenen Kuh an die Futtertrippe gedrückt wurde. Obwohl ärztliche Hilfe alsbald zur Stelle war, erlag der fleißige Mann seinen schweren inneren Verletzungen.

Tübingen, 28. Jan. (Berufung.) Professor Dr. Walter Schönfeld, der Ordinarius für deutsches bürgerliches Recht, Handels- und Kirchenrecht an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen, hat einen Ruf an die Universität Leipzig erhalten.

Göppingen, 28. Jan. (Ein blutiges Familien-drama.) Am Sonntag früh wurde in der Wirtschaf und Metzgerei „Zum jungen Hahn“ das tragische Ende eines blutigen Familiendramas aufgedeckt. Der verheiratete Metzger und Wirt Wilhelm Hinderer hatte seiner Frau und seinem eifährigen Sohn den Hals abgeschritten. Er selbst versuchte, sich durch Erhängen das Leben zu nehmen und wurde in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Die Frau und der Sohn sind tot. Der Mörder wurde ins Bezirkskrankenhaus Göppingen eingeliefert. Die Einzelheiten über die Beweggründe zu der schrecklichen Tat stehen noch nicht fest.

Göppingen, 28. Jan. (Tot aufgefunden.) Oberrechnungsrat Schäfer, der schon im vorigen Sommer wegen eines nervösen Zusammenbruchs eine Zeitlang Urlaub nehmen mußte, dann aber seinen Dienst auf dem Rathaus wieder aufnehmen konnte, erlitt vor kurzem einen neuen Zusammenbruch. Als er von einem Spaziergang nicht zurückkehrte, wurde er gesucht und im Oberholz tot aufgefunden.

Ummenhofen M. Hall, 28. Jan. (Verschüttet.) In tiefes Leid wurde die Familie Lederer hier veretzt. Ihr einziger Sohn Ernst wurde anfangs dieser Woche in dem Steinbruch von Schneider, wo er schon mehrere Jahre arbeitete, von herabstürzenden Erdmassen verschüttet. Er erlitt dabei schwere innere Verletzungen, die den Tod zur Folge hatten.

Vom Ries, 27. Jan. (Beachtet kleine Wunden!) In Röllburg ist der 26 Jahre alte Gastwirtssohn Hans Lehner an den Folgen einer leichten Verletzung mit nachfolgender Blutvergiftung rasch verstorben. Eine Herabstürzung hat dem Leben des jungen Mannes ein Ziel gesetzt.

Baden

Mannheim, 28. Jan. (Autounfall.) Der 42 Jahre alte Jakob Hamann aus Mannheim-Neckarau fuhr mit seinem Auto vor dem Eingang von Maxdorf (Palz) in den Straßengraben. Das Auto überschlug sich und wurde schwer beschädigt. Ein mitfahrendes Fräulein, dessen Personalien noch nicht bekannt sind, erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Hamann selbst wurde verletzt nach Mannheim-Neckarau gebracht.

Hardheim, 28. Jan. (Todessturz.) Beim Abgipfeln einer hohen Fische im Gemeindegewald stürzte der 39jährige Landwirt Gregor Weimann etwa 20 Meter hoch herab und war sofort tot infolge schwerer Kopfverletzungen. Die Ursache des Absturzes ist noch nicht geklärt.

Meskirch, 28. Jan. (Der Mord bei Meskirch.) Der unter dem Verdacht des Mordes an dem Dienstknecht Hugo Kramer verhaftete Knecht Matthias Steiner hat bis jetzt noch kein Geständnis abgelegt. Doch sind die Indizienbeweise so stark, daß an der Täterschaft Steiners kaum noch zu zweifeln ist. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß es sich um einen Raubmord handelt. Kramer hatte bei seinem Weggang in Meskirch noch etwa 3 RM. in der Tasche; als man ihn auffand, hatte er nur noch 4 Pfg.

Kadolfzell, 28. Jan. (Zugeiroren.) Durch die anhaltende Kälte der letzten Tage ist der Markelfinger See in seiner ganzen Ausdehnung wieder zugefroren und bietet eine günstige Gelegenheit zur Ausübung des Eislaufsports.

Heberlingen, 28. Jan. (Bürgerausschüsse werden aufgestellt.) Am Freitag kündigte, wie die „Deutsche Bodenzeitung“ berichtet, Innenminister Pfleumer in einer Rundgebung ein Geleß an, das schon in den nächsten Tagen erscheinen würde, das einschneidende Veränderungen in der Verwaltung der Gemeinden bringen wird. Sämtliche Bürgerausschüsse werden aufgelöst und den Bürgermeistern Führerstellung eingeräumt werden, wobei die Gemeinderäte nur noch beratende Stimme hätten.

Aus dem Gerichtssaal

Sühne für einen Raubüberfall

Stuttgart, 26. Jan. Das Schöffengericht verurteilte drei junge Leute von 17, 18 und 21 Jahren in nichtöffentlicher Verhandlung wegen gemeinsam verübten Raubüberfalls und gefährlicher Körperverletzung zu je zehn Monaten Gefängnis. Die drei Angeklagten waren übereingekommen, eine Dirne in ihrer Wohnung zu berauben, um sich von dem Geld einen vergnügten Silvesterabend zu machen. Ihr Vorhaben führte jedoch nicht zum Ziel, weil es den drei Spiegelgelen nicht gelang, die Kommodenschublade zu öffnen, um zu dem dort verwahrten Geld zu gelangen. Nachdem zwei von ihnen das ahnungslose Mädchen niedergeschlagen und auch sonst noch mißhandelt hatten. Der jüngste von den Burschen muß nun auch noch zwei ihm vom Jugendgericht judizierte Gefängnisstrafen wegen Fahrraddiebstahls in Höhe von 10 Tagen und drei Wochen, für die er Straußschuß erhalten hatte, nachträglich verbüßen, worauf er in Fürstbergzucht kommt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Heberleitung der Amtsleitung der NS-Hago nach München. Entsprechend dem Willen des Stabsleiters der 30., Dr. Len, wird die Amtsleitung der NS-Hago im Dezember nach München übersiedeln.

Prozeß gegen koreanische Kommunisten nach vierjähriger Dauer beendet. 22 kommunistische Unruhestifter sind in Seoul nach einem Prozeß, der fast 4 Jahre gedauert hat, zum Tode verurteilt worden. Es handelt sich um Koreaner, die im Mai 1930 an den kommunistischen Unruhen in Tjingtau teilgenommen hatten. 20 andere wurden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt und 263 zu Gefängnisstrafen von 1 bis 15 Jahren.

Explosionsunglück bei der Abtragung eines deutschen Kriegsunterstandes. In Ostende bei Koeljaere (Belgien) waren Arbeiter mit der Abtragung eines alten Unterstandes beschäftigt, der von den deutschen Truppen während des Krieges errichtet worden war. Pödtlich ereignete sich, vermutlich durch einen dort vergrabenen Blindgänger, eine Explosion, durch die vier Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde.

12 englische Seeleute bei einem Dampferzusammenstoß ertrunken. Am Freitag stießen die englischen Fischdampfer „Sabit“ und „Euthamia“ bei schwerer See im Dyrasfjord an der isländischen Westküste zusammen. Die „Sabit“ ging sofort unter. Von der 14köpfigen Besatzung konnten nur der erste Telegraphist und der zweite Ingenieur gerettet werden, alle übrigen ertranken. Der „Euthamia“ gelang es, trotz ihrer schweren Beschädigungen, in den Hafen von Dyrasfjord einzulaulen.

Liebespaar vergiftet aufgefunden. Am Freitag wurden im Thielenbrucher Wald bei Köln die Leichen eines Liebespaares aufgefunden. Es handelt sich um einen 25jährigen Kaufmann aus der Kölner Altstadt und eine 21jährige Verkäuferin aus Köln-Dellbrück. Der Tod ist durch Doffnen der Pulsader und wahrscheinlich durch Einnehmen von Cyanid herbeigeführt worden.

Wiederanahme der Bergungsversuche bei Scapa Flow. Nach dem „Daily Telegraph“ werden die Bergungsversuche in Scapa Flow wieder aufgenommen werden. Ein Bergungsschiff hat bereits den Austrag von einer Firma erhalten, nach Scapa Flow aufzulaulen, wo noch 10 deutsche Kriegsschiffe auf dem Meeresgrund liegen. Bisher sind 32 Fahrzeuge geborgen worden.

Fußball

Gauliga

Gau Württemberg: Stuttgarter Kickers - SB. Feuerbach 2:1; SC. Stuttgart - SB. Ulm 4:1; Ulmer FB. 94 - VfB. Stuttgart 4:4; FC. Birkenfeld - Union Bödingen ausgef.; VfR. Heilbronn - Sportfreunde Stuttgart 4:2.

Gau Baden: Karlsruher FB. - 1. FC. Pforzheim 3:1; SB. Waldhof - VfR. Neckarau 3:3; Germania Brödingen - Phönix Karlsruhe 2:0.

Pflichtspiele der Bezirksklasse

Gau Württemberg

Gruppe West: SpFz. Ehlingen - FB. Jüssenhausen 4:1; SpBgg. Untertürkheim - ASB. Botnang 0:2; SpBgg. Mühlacker - VfB. Sontheim 3:2; VfB. Ludwigsburg - Heilbronner SpBgg. 3:3; VfB. Jahn Stuttgart - VfR. Gaisburg 2:4.

Gruppe Ost: VfR. Heidenheim - Eintracht Neu-Ulm 0:2; FB. Geislingen - SpB. Göppingen 3:4; VfB. Kirchheim - SpB. Schorndorf 3:0; SpFz. Tübingen - VfR. Aalen 3:2; FB. Nürtingen - SpB. Reutlingen 1:1.

Gruppe Süd: FB. Ebingen - SpBgg. Schramberg 3:3; Sp. Bgg. Troifingen - SpB. Spaichingen 5:0; VfR. Schwenningen - SpBl. Schwenningen 1:1; SpB. Weingarten - FC. Tailfingen 0:0.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badstr., Wildbad L. Schwarzwald (Zsb. Zb. 604) P. 13. 26. 1934.

Berufsberatung und Lehrstellen-Bermittlung in Wildbad.

Am Dienstag, den 30. Januar 1934, nachmittags 2 Uhr, findet in der evang. Volksschule in Wildbad eine Beratungsfunde der Berufsberatungstelle des Arbeitsamts Pforzheim statt.

Eltern, die in der Frage der Ausbildung ihrer Kinder Aufklärung wünschen, werden gebeten, zu der genannten Zeit dort vorzusprechen.

An die Handwerksmeister und Gewerbetreibenden ergeht zugleich die Bitte, sämtliche freien Lehrstellen zu der genannten Zeit in der Volksschule zur Anmeldung zu bringen.

Arbeitsamt Pforzheim.

Zum Langholzteilen liefere ich

Drahtseile u. Hanfseile

sowie auch für alle andern Zwecke, in nur bester Qualität. Ferner sämtliche Sellaerwaren für das gesamte Bauhandwerk, Landwirtschaft und Industrie. En gros! - En detail! - Billig!

Karl Kohler junior, Mech. Hanfseilerei, Altensteig.

Hermann Götz
Emma Götz geb. Schwerdtle
Vermählte

28. Januar 1934

Fachkurse.

Das Landesgewerbeamt beabsichtigt, in den nächsten Monaten in Stuttgart die verschiedenartigsten

Lehrgänge für Handwerker

zu veranstalten. Anmeldung und Auskunft beim Fachkurs-Sekretariat des Landesgewerbeamts, Stuttgart N., Kanälestr. 28, Fernsprecher 21 541.

Näheres ist aus dem bei den Bürgermeisterämtern aufliegenden Staatsanzeiger Nr. 17 vom 22. Januar 1934 zu erfahren.

Neuenbürg, den 24. Januar 1934.

Oberamt: Lempp.

Zur Beerdigung von
Frau Hermann Geigle
morgen mittag 2 Uhr, fährt
mein Omnibus nach Eutingen.
Abfahrt 12.30 Uhr
bei der Tankstelle am „Röhlen-
Brunnen“.
Frdr. Schrafft, Tel. 324

Habe mein
Einfamilienhaus
an der Böhnerstraße an ruhige
Familie zu vermieten
Rob. Treiber, Kaufmann.

Crematine

das ideale Rasiermittel
Ohne Wasser gebrauchsfertig

Nur anfragen -
sofort rasieren

Original-Tube RM. 0.80
Doppeltube oder Glas RM. 1.40
Eberhard-Drogerie

Lichtspiele

Hotel Alte Linde

Montag, den 29. Januar 1934

Nachm. 4 1/2 Abends 8 1/2 Uhr

Einlaß 3 1/2 Einlaß 7 1/2 Uhr

Nur zwei Vorstellungen des

großartigsten Kulturfilms:

Alpen- Symphonie

Eine Filmsymphonie einzig-
artiger Naturschönheiten der
Schweizer Hochalpen in fünf
Akten mit besonderer Musik-
bearbeitung für den Film.

Preise der Plätze:

1. Platz 1.-, 2. Platz 70 Pfg.,

3. Platz 50 Pfg. - Schüler

zahlen nachm. halbe Preise.

Vorverkauf: Buchhandlung

Viernow.

